Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 203. **Dienstag** den 22. Juli 1890. **84. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Verstärkung des Bohlenbelags der **Nödelbrücke** im Scheufitzer Wege wird diese Brücke **vom 21. dss. Mts. ab** auf die Dauer der Arbeiten **für allen Verkehr** gesperrt.

Leipzig, den 18. Juli 1890.

IX. 4969. **Die Königliche Amtshauptmannschaft.**
Dr. Platzmann.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Leistner.

Bekanntmachung.

Wegen Herstellung eines Ausstoßgleises in der **Nostitzstraße** wird diese Straße **vom 22. dieses Monats ab** auf die Dauer der Arbeiten **für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, am 19. Juli 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 4971. Dr. Tröndlin. Leistner.

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Asphaltirung wird **die Löhrstraße** auf der Strecke von der Ring- bis zur Keilstraße **vom 23. dieses Mts. ab** auf die Dauer der Arbeiten **für allen Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, am 18. Juli 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 4884. Dr. Tröndlin. Leistner.

Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurde laut hier erstatteter Anzeige:

1) eine **silberne Cylinder-Uhr** mit gerieftem Rückdeckel, blaugerändertem Zifferblatt, in der Cuvette der Name: „Gasch, Leisnig" eingravirt, nebst kurzer Stahlkette, am 14. d. M.;

2) ein **Sack mit Hafer**, gez. entweder „Stiefel" oder „Severin", vom 13. zum 14. d. M.;

3) 7 Stück lebende, **enkländische Tauben**, verschiedenfarbig gefiedert, vom 13. zum 14. d. M.;

4) 6 Stück große lebende **Kaninchen**, 4 Stück grau-, 2 Stück schwarzfarbig, vom 15. bis 16. d. M.;

5) ein schwarzbraun polirter **Spazierstock**, mit geschnitztem Elfenbeingriff (einen an einem Baumstamm lehnenden Mann darstellend), am 12. d. M.;

6) eine **Lastenkarre**, „K. K." gez., vom 14. zum 15. d. M.;

7) eine rothlederne **Brieftasche**, enthaltend eine Hundert- und eine Fünfzig-Mark-Note, sowie einen Brief vom Malermeister W. Caspar in Weißenfels, am 17. d. M.;

8) eine **silberne Cylinder-Uhr** mit Schlüsselaufzug, daran befindlicher Gamsschnur und Messingkapsel, vom 12. bis 17. d. M.;

9) eine **silberne Cylinder-Remontoiruhr** mit Goldrand und Secunde, wellenförmig gerieftem Rückdeckel, auf 8 Steinen gehend, mit Nr. 41957, am 18. d. M.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Gegenstände oder über den Thäter sind ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 20. Juli 1890.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Dr. M.

Oesterreich und Italien.

Das Bundesverhältniß, in welchem Oesterreich und Italien zu einander stehen, ist leichter Erschütterungen ausgesetzt als das Bündniß zwischen Oesterreich und Deutschland, obwohl es ja auch bei diesem nicht an Puncten fehlt, über welche die beiderseitigen Meinungen weit auseinander gehen. In Deutschland hat man sich allmälig an den Gedanken gewöhnt, daß in Oesterreich die Slawen auf Kosten der Deutschen begünstigt werden. Wir haben erkannt, daß diese Politik nicht aus Feindseligkeit gegen das Deutschthum befolgt wird, sondern in dem Streben, die Wünsche aller in Oesterreich lebenden Völkerschaften so weit möglich zu erfüllen. In Deutschland hat man niemals daran gezweifelt, daß diese Politik der Versöhnung eines Tages als unausführbar erwiesen sein wird, und daß man dann zu den seit dem Jahre 1879 verlassenen Regierungsgrundsätzen zurückkehren wird. Die Ereignisse, welche sich seit einigen Wochen in Böhmen abspielen, sind geeignet, der österreichischen Regierung den Geschmack an allen weiteren Ausgleichsversuchen vollständig zu verderben und ihr den Gedanken nahe zu legen, es sei nicht besser sei, den Anmaßungen der Czechen mit der vollen Strenge entgegen zu treten, welche sie verdienen. Rieger fordert als Bedingung seiner ferneren politischen Thätigkeit die Einführung der czechischen Sprache als Amtssprache in Böhmen, und die Prager Stadtverordneten haben den seine deutsche Abkunft verleugnenden Heinrich als deutschen Vertreter in den böhmischen Landesschulrath gewählt. Damit ist die Stellung charakterisirt, welche die Czechen dem Ausgleich gegenüber einnehmen. Mit solchen Leuten ist ein aufrichtiger ernstgemeinter Ausgleich überhaupt nicht möglich, sie haben sich in den Kopf gesetzt, daß Böhmen an die Czechen ausgeliefert werden muß, und daran halten sie unter allen Umständen fest, davon muß jetzt auch die österreichische Regierung überzeugt und durchdrungen sein.

Ganz anderer und weit ernsterer Art sind die Differenzpuncte, welche zwischen Oesterreich und Italien obwalten. Oesterreich steht im besten Einvernehmen mit dem Papst und zwar bis zu dem Grade, daß Kaiser Franz Josef den Besuch, welchen ihm König Humbert vor Jahren abstattete, bisher nicht erwidert hat, lediglich aus peinlicher Rücksicht auf den Papst. Das ist eine Thatsache, mit welcher sich das papstfeindliche Italien nur sehr schwer abgefunden hat, und welche ihm bei jeder Gelegenheit immer aufs Neue zum Bewußtsein kommt. Das Einzige, was über diese Schwierigkeit hinweghilft, ist die Einsicht, daß Oesterreich niemals dem Papste zur Wiedererlangung der weltlichen Herrschaft behilflich sein wird. Die Beziehungen, welche Oesterreich mit dem Papste unterhält, sind lediglich kirchenpolitischer Natur, und die Zugeständnisse, welche Oesterreich dem Papste in dieser Beziehung macht, sind allerdings weitgehend, wie der vor einiger Zeit geschehene Schritt der österreichischen Bischöfe im österreichischen Herrenhause zum Zweck der völligen Besitzergreifung der Schule beweist. Die Grenze zwischen Kirchenpolitik und Politik ist stets schwankend gewesen und wird es bleiben, so lange das Papstthum nicht auf die Wiederherstellung seiner früheren weltlichen Macht endgiltig und ausdrücklich Verzicht geleistet hat, und auf Seiten der römischen Curie geschieht Alles, um die Feststellung der Grenze unmöglich zu machen.

Neben diesem Streitpunct besteht noch ein anderer, welcher tiefer in das Bundesverhältniß eingreift, als die Italiener zugestehen wollen, wir meinen den Irredentismus. Die Nationalitätsidee ist kaum in irgend einem Lande so ausgeprägt wie in Italien, und selbst die aufrichtigsten Anhänger des Dreibundes in Italien werden niemals den Gedanken aufgeben, daß das Trentino eigentlich zu Italien gehört, wenn sie auch aus politischen Gründen die Wiedervereinigung zur Zeit verwerfen. In Triest und in Trient bestand bisher der italienische Schulverein „Pro patria", ein Verein, welcher angeblich nur die Bestimmung hatte, die italienische Nationalität und die italienische Sprache der in Oesterreich lebenden Italiener zu pflegen und unverletzt zu bewahren, gleichwie der deutsche Schulverein diese Tendenz in Bezug auf deutsche Nationalität und deutsche Sprache befolgt. Es ist nicht zu bezweifeln, daß dieser Zweck zur Gründung des italienischen Schulvereins geführt hat, aber man darf nicht vergessen, welche Erfahrungen Oesterreich im Laufe der Jahre mit den Irredentisten gemacht hat, und man wird es in der Ordnung finden, daß die österreichische Regierung jede Kundgebung in diesem Sinne mit aller ihr zu Gebote stehenden Kraft unterdrückt. Der „Capitano Fracassa" mag mit größter Sicherheit behaupten, daß der italienische Schulverein kein politischer Verein sei und sich streng innerhalb der ihm eingeräumten Befugnisse bewege, so ist doch die österreichische Regierung, welche die Thätigkeit des Vereins unmittelbar vor Augen hat, weit eher in der Lage, die wahren Ziele des Vereins zu erkennen und zu beurtheilen, als ein italienisches Blatt, was nur nach dem Hörensagen urtheilt. Ein Verein nimmt oft im Laufe seiner Entwickelung eine ganz andere Gestalt an, als seinem ursprünglichen Auftreten entsprechen würde, schädliche Bestrebungen machen sich plötzlich geltend, die seine Auflösung nöthig machen.

Augenblicklich mag die Aufregung, welche die Schließung des Vereins in Italien erregt, noch sehr groß sein, wenn die österreichische Regierung erst Gelegenheit erhalten hat, sich ausführlich über die Gründe der Auflösung zu verbreiten, dann wird man die Maßregel auch in Italien mit anderen Augen ansehen und den Thatsachen ihr Recht zugestehen. Crispi's Stellung ist solchen Maßregeln gegenüber, welche die nationalen Gefühle berühren, äußerst schwierig, er muß mit dem italienischen Volkscharakter rechnen und kann sich nicht ausschließlich auf den Standpunct der politischen Zweckmäßigkeit stellen. Dafür ist auch bei der österreichischen Regierung volles Verständniß vorhanden, und man wird dem Artikel im „Capitano Fracassa" nur die Bedeutung beilegen, die ihm im Augenblick seines Erscheinens zukam. Die Ziele, welche der Dreibund verfolgt, sind weit über solche Verwaltungsmaßregeln erhaben, die sich aus den inneren Verhältnissen einer dem Bunde angehörenden Macht ergeben. Italien weiß sehr wohl, was ein Bund zu bedeuten hat, dessen Kundgebungen in Europa stets auf Beachtung zu rechnen haben, so daß auf Friedensstörung abzielende Bestrebungen stets gründliche Absertigung erfahren.

Irgend welche Angriffe hat der Dreibund seit seiner Gründung stets zu bekämpfen gehabt, und es kann nicht ausbleiben, daß dies auch in Zukunft Fallen gestellt werden, aber glücklicherweise steht der Bund auf so fester Grundlage, daß an seinem ferneren Bestande nicht zu zweifeln ist. Seinen Hauptzweck, die Verträge von 1871 und 1878 aufrecht zu erhalten, hat er bisher erfüllt, aber seine Aufgaben haben sich im Laufe der Zeit noch erweitert, die Auffassung, welche Rußland dem Berliner Friedensvertrage gegeben hat, entspricht nicht derjenigen, welche Oesterreich und Italien sich gebildet haben. Heute ist es die Aufrechthaltung der Selbstständigkeit der Balkanstaaten, welche Oesterreich-Ungarn und Italien zur Bewahrung des Weltfriedens für unerläßlich halten, und dieser Auffassung hat sich Rußland wohl oder übel fügen müssen. Der Bund zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien beruht in erster Linie auf der Uebereinstimmung, mit welcher beide Mächte die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel beurtheilen, und dieses Bindemittel ist so stark, daß es auch Hindernisse wie die Freundschaft zwischen Oesterreich und dem Papste und die irredentistischen Neigungen der Italiener überwindet. Solche Kleinigkeiten wie die Auflösung des italienischen Schulvereins bringen dem guten Einvernehmen zwischen Oesterreich und Italien keine Gefahr.

Leipzig, 22. Juli.

* Die „Indépendance belge" meldet, der deutsche Consul in Ostende habe von dem Commandanten der Kaiser-Yacht „Hohenzollern" ein Schreiben erhalten, in welchem über den Hafeneingang, die Tiefe des Fahrwassers und andere Fragen betreffs eines Aufenthalts dieses Schiffes im Ostender Hafen Auskunft erbeten wird. Aus dieser Anfrage schließt man in Ostende, daß Kaiser Wilhelm bei Gelegenheit der Reise nach England den König der Belgier begrüßen werde.

* Zwischen dem Deutschen Reich und den Staaten Großbritannien, Frankreich, Dänemark, Schweden, Norwegen und Oesterreich-Ungarn sind unter Vorbehalt einjähriger Kündigung Uebereinkommen wegen gegenseitiger Unterstützung hilfsbedürftiger Seeleute abgeschlossen worden. Der wesentliche Inhalt der Uebereinkommen wird hier mitgetheilt:

Wenn ein Seemann eines der contrahirenden Staaten, nachdem er auf einem Schiffe des anderen der contrahirenden Staaten gedient hat, in einem dritten Staat, beziehentlich in dessen Colonien oder in den Colonien desjenigen Staates, dessen Flagge das Schiff führt, in Folge von Schiffbruch oder aus anderen Gründen in hilfsbedürftigem Zustande zurückbleibt, so soll die Regierung desjenigen Staates, dessen Flagge das Schiff führt, zur Unterstützung dieses Seemanns verpflichtet sein, bis derselbe wieder einen Schiffsdienst oder anderweitige Beschäftigung findet, oder bis er in seinen Heimathsstaat, beziehentlich in dessen Colonien zurückkehrt oder mit Tode abgeht.

Es wird dabei vorausgesetzt, daß der Seemann die erste sich ihm darbietende Gelegenheit zu benutzen hat, um vor den zuständigen Beamten desjenigen Staats, dessen Unterstützung erbeten werden soll, über seine Hilfsbedürftigkeit und deren Ursachen sich auszuweisen, sowie daß die Hilfsbedürftigkeit als die naturgemäße Folge der Beendigung des Dienstverhältnisses an Bord des Schiffs sich ergiebt, widrigenfalls diese Unterstützungspflicht wegfällt.

Ausgeschlossen ist diese letztere auch dann, wenn der Seemann desertirt oder wegen einer strafbaren Handlung vom Schiffe entfernt worden ist, oder wenn er dasselbe wegen Dienstuntauglichkeit in Folge selbstverschuldeter Krankheit oder Verwundung verlassen hat.

Die Unterstützung umfaßt den Unterhalt, die Bekleidung, ärztliche Pflege, Arznei und Reisekosten; für den Fall eintretenden Todes sind auch die Begräbnißkosten zu zahlen.

* Aus der Unterredung des Herrn Dr. Erwin Reichardt, eines Redacteurs der „Dresdner Nachrichten", mit dem Fürsten Bismarck, heben wir noch einen Passus, die Socialdemokratie behandelnd, hervor:

Weiter sagte der Fürst, er halte die socialistische Gefahr für die größte, die in der Politik überhaupt vorliege, z. B. für viel bedeutsamer als die, welche etwa von Frankreich und sonst wem zu erwarten ist. Die Socialdemokratie sei beständig im Wachsen. Der socialistischen Gefahr zu begegnen, gebe es nur zwei Wege: entweder ihren Forderungen nachgeben oder kämpfen. Das Erstere reize jedoch ihre Begehrlichkeit, während sie im Kampf doch in gewissen Schranken gehalten werde. Jede Concession den socialistischen Forderungen gegenüber vergleiche er mit dem black-mail (ein Tribut, den die Hochschotten den Niederschotten zahlten, damit sie von ihren Räubereien verschont blieben). Der Kaiser, als der bessere Mensch von ihnen Beiden, der noch nicht die schlimmen Erfahrungen eines Siebzigers hinter sich habe, habe sich für den Frieden entschieden; er (der Fürst) habe kämpfen wollen, je eher, desto lieber. Diese Meinungsverschiedenheit sei einer der Gründe gewesen, aus denen er sein Amt niedergelegt.

Von der Arbeiterschutz-Gesetzgebung, äußerte der Fürst, halte er nichts. So lange ihm Niemand sage, wodurch der Arbeiter den durch die beschränkte Arbeitszeit verkürzten Lohn ersetzt erhalte, könne er dieser Gesetzgebung nicht zustimmen. Er sei gegen alle Zwangsmaßregeln, welche die persönliche Freiheit des Arbeiters beschränken und wie bei der Regelung der Frauen- und Kinderarbeit in die Rechte des pater familias eingriffen. — Ich wandte hierauf ein, ob denn aber nicht die Arbeiterschutz-Gesetzgebung eine Weiterführung der kaiserlichen Erlasse vom 17. November 1881 seien? — Der Fürst: „I ganz und gar nicht. Für die kaiserlichen Erlasse, die mein eigenstes Werk sind, an denen ich in Berlin ohne jeden anderen Menschen gearbeitet, trete ich ein. Die Grenzlinie zwischen dem, was die kaiserlichen Erlasse erzielen, und der Arbeiterschutzgesetzgebung liegt aber genau da, wo der Zwang anfängt." Wenn man die Vorzüge solchen Arbeiterschutzes rühme, denke er immer an folgende Anekdote. Ungefähr im Jahre 1820 habe einmal ein preußischer Generalstabsofficier einen Merseburger Postknaben gefragt, wie sie sich denn unter preußischem Regiment fühlten, und die Antwort habe gelautet: „Ach, da haben wir nicht zu klagen; aber den L—, den Leipzigern, hätten wir es auch gegönnt."

Nochmals auf die Socialdemokratie zurückkommend, äußerte der Fürst: Er habe die Absicht gehabt, die Bestimmungen des Socialistengesetzes dahin zu erweitern, daß an Stelle der Ausweisung die Verbannung trete. Damit habe er aber im Staatsministerium nicht durchdringen können. Die Regierung sei vielmehr auf den nationalliberalen Vergleichsvorschlag in der Commission eingegangen, das Gesetz ohne die Ausweisungsbefugniß anzunehmen, und dann würde er später noch viel weniger mit der Forderung strengerer Maßregeln haben kommen können. Er sei überhaupt Gegner von Concessionen in den Commissionen; er könne sich zu solchen nur Reichstagsbeschlüssen im Plenum gegenüber verstehen. — Auf meine Frage, was wohl einreten dürfte, wenn nach Ablauf des Socialistengesetzes die Socialdemokratie kühner vorgehe, erwiderte der Fürst: Im letzten Grunde ist die Socialistenfrage, ich möchte sagen, eine militairische Frage. Wenn das Geschwür aufgegangen, kann man die Ausschreitungen ja mit Gewalt niederdrücken. Es tritt dann vielleicht an die Stelle des jetzigen kleinen Belagerungszustandes der allgemeine, der Kriegszustand. Freilich geht das nicht auf die Dauer.

Schließlich betonte der Fürst noch seine Freundschaft mit Capelli. Auf eine Frage, ob er eine Reise nach England machen werde, sagte er, daß er es selbst noch nicht wisse; vielleicht ginge er im September nach einem englischen Seebad. Er entschließe sich gewöhnlich erst einen Tag vorher.

* Der Reichscommissar Major v. Wissmann, der in Lauterberg a. H. im elterlichen Hause die denkbar beste Pflege genießt, leidet an Gelenkrheumatismus. Obwohl sein Zustand durchaus nicht zu irgend welchen Bedenken Anlaß giebt, so ist ihm vom Arzte doch absolute Ruhe als das beste Heilmittel wenigstens für die nächste Zeit zur strengen Pflicht gemacht. Der Arzt Wissmann's hofft, seinen Patienten in etwa zehn Tagen so weit wieder hergestellt zu haben, daß derselbe das Bett wird verlassen können. Gegenwärtig leidet der Major noch an heftigen Schmerzen, doch sind die Fieber bereits im Abnehmen, und die Krankheit nimmt einen durchaus regelmäßigen Verlauf. Damit die laufenden Arbeiten, namentlich die vielen, meist Bitten um Rathschläge in Bezug auf die deutsch-ostafrikanische Colonie enthaltenden Anfragen pünctlich erledigt werden können, hat Major von Wissmann zwei seiner bewährtesten Mitarbeiter, den stellvertretenden Reichscommissar, Premierlieutenant von Grawenreuth, und seinen persönlichen Arzttanten Dr. Bumiller nach Lauterberg berufen. Am Mittwoch dieser Woche begab sich Dr. Bumiller auf kurze Zeit nach Berlin, um den vom Major von Wissmann mitgebrachten Araber Soliman in die Heimath zu entlassen. Die Herren glauben, daß sie bis in den September hinein in Lauterberg werden bleiben müssen.

* * *

* Aus Berlin wird der Wiener „Politischen Correspondenz" geschrieben:

Die Versuche, welche in jüngster Zeit unternommen wurden, um durch Auseinanderreihung verschiedener, in keinerlei innerem Zusammenhang stehender Vorgänge auf der Balkanhalbinsel die Lage in diesem Theile Europas als nicht unbedenklich erscheinen zu lassen, haben die in Berlin bestehenden Ansichten in keiner Weise zu beeinflussen vermocht. Keiner der angedeuteten Vorgänge erscheint hier geeignet, ein Gefühl der Beunruhigung einzuflößen. Was speciell Bulgarien betrifft, hat man hier den Gerüchten über die bevorstehende Abdankung des Prinzen Ferdinand auch von ihrer in authentischer Form erfolgten Widerlegung keinen Werth beigelegt. Bezüglich des Ursprungs dieser Ausstreuungen ist es zum Mindesten nicht unwahrscheinlich, daß derselbe diesmal nicht ausschließlich in den Wünschen der dem Prinzen feindselig gesinnten Partei zu suchen ist. Unter den französischen Verwandten des Prinzen Ferdinand mag aus leicht erklärlichen Gründen der Wunsch bestehen und auch zum Ausdruck gekommen sein, daß der Prinz zurücktrete und dadurch ein Stein des Anstoßes für Rußland aus dem Wege geräumt werde. Jeder Franzose, mag er ein Anhänger der heutigen Regierung oder eines der Thron-Prätendenten sein, hat sich im Laufe der Jahre den Gedanken angeeignet, Frankreich könne durch Rußland in die Lage versetzt werden, das Hauptziel aller französischen Politik — die Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen — zu erreichen. Daher die Huldigungen, die dem russischen Botschafter in Paris, den russischen Fahnen bei einem kürzlich abgehaltenen Festzuge, jedem russischen Gaste in französischen Bädern dargebracht werden; daher das enthusiastische Absingen der russischen Nationalhymne bei passenden und ungeeigneten Gelegenheiten; daher auch die Bemühungen orleanistischer Prinzen, ihren Verwandten, den Prinzen Ferdinand, zu veranlassen, durch seinen Rücktritt vom bulgarischen Thron den thatsächlichen Beweis zu liefern, daß auch die Familie Orleans, wie jeder Franzose, zu jedem Opfer bereit ist, um sich den Russen angenehm zu machen. Die Prinzen von Orleans haben dabei nur Eines aus den Augen gelassen, nämlich, daß Prinz Ferdinand eigene Interessen hat, die mit den französischen oder specifisch orleanistischen in keinem Zusammenhange stehen, und daß für ihn deshalb keine Veranlassung vorliegt, aus Liebe für seine Vettern und Onkel, die sich im Allgemeinen nur sehr wenig um ihn gekümmert haben, einer Stellung zu entsagen, in welcher er in der Lage gewesen ist, dem bulgarischen Volke und dadurch mittelbar sich selbst wesentliche Dienste zu erweisen.

* Ueber die Persönlichkeit des jetzt so viel genannten deutschen Renegaten Heinrich wird der „Kölnischen Zeitung" geschrieben:

Der jetzt 53jährige Held hat sich in seinen jungen Jahren hervorragende und unbestreitbare Verdienste um das österreichische Schulwesen erworben. Er errichtete 1864 den ersten Fröbel'schen Kindergarten in Oesterreich, führte zuerst in seiner Prager Knabenschule die Lautirmethode ein und schrieb vortreffliche Fibeln, Lese- und sprachliche Lehrbücher, die über ganz Oesterreich verbreitet sind und ihn zu einem sehr wohlhabenden Manne gemacht haben. In Prag errichtete er eine große Knabenschule (später auch eine Mädchenschule), welche lange Zeit dort die bevorzugte Schule der deutschen Gesellschaft und auch in nationaler Hinsicht von Bedeutung war. Hatte er doch „Gesinnungsunterricht" als eigenen Lehrgegenstand eingeführt. Die Deutschen wählten ihn in den Landtag und den Reichsrath, wo er als Jungdeutscher auf der äußersten Linken saß. Wohl machte seine Originalitätssucht bisweilen der Parteileitung zu schaffen, doch erfreute er sich hervorragenden Ansehens, zumal er wiederholt hohe Berufungen verschiedener Unterrichtsminister ablehnte. Die Politik entfremdete ihn indeß einigermaßen seinem Schulfach, und als seine erste Gattin starb, mit welcher er in glücklichster Ehe gelebt hatte, begann ein ungünstiger Umschwung in seinem geistigen Wesen. Er machte sich der Deutschen Partei so unbequem, daß er nicht wieder gewählt wurde. Seine Originalitätssucht und sein gereiztes Selbstgefühl steigerten sich ins Krankhafte. Nachdem er eine zweite Ehe geschlossen hatte, wurden seine Seltsamkeiten noch auffälliger. Als die unglückliche „Wirthschaftspartei" gegründet werden war, candidirte er, nachdem er 1884 seine deutschen Schulen in Prag aufgelöst hatte, in dem gemischtsprachigen bis dahin von Deutschen behaupteten Landkreise Leitomischl und wurde mit Hilfe der Czechen, der Taaffe'schen Regierung und des von der Parteileitung verfehmten Dr. Hanisch Mitte 1885 in den Reichsrath gewählt. Der frühere Jungdeutsche, der manches nationale Lied gedichtet hatte, sang nun „Da Hufgeschlicht, da bitt im Recht!" und kämpfte in Wort und Schrift gegen sein Volksthum. Im Reichsrath leistete er als Außerdeutscher der Taaffe'schen Regierung gute Dienste. Man vermißte auf ihn gegenüber der Unfriedseligkeit der Deutschböhmen, die ihrerseits den Ueberläufer, der ihnen einen bisher deutschen Wahlkreis entrissen hatte, mit grimmigem Hasse verfolgten. Um diesen böhmischen Coriolan dreht sich augenblicklich das politische Interesse in Oesterreich.

* Aus Pest, 17. Juli, wird der „Vossischen Zeitung" geschrieben:

Wie bei Beginn des kleinen Culturkampfes, der in Ungarn aus Anlaß der „Wegtaufungen" ausgebrochen ist, an dieser Stelle gesagt wurde, hat die österreichische Diplomatie beim Vatican jetzt Gelegenheit, zu zeigen, was sie vermag. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat sie jedoch nichts ausgerichtet und die Antwort der Curie ist so ausgefallen, wie es der unversöhnlichere und ultramontanere Theil der ungarischen Bischöfe wünschte. Die ablehnende Haltung des Vaticans ist sehr bemerkenswerth einem Monarchen gegenüber, der wie Kaiser Franz Josef I. in der Rücksichtnahme auf den Papst bis an die äußerste Grenze geht. Man muß sich nur an den unterblieben Gegenbesuch in Rom erinnern, der zu einer Affaire von europäischem Interesse geworden ist. Auch die österreichische und die ungarische Regierung haben Alles gethan, um die Empfindungen der Bischöfe und der Curie zu schonen. Die ungarische Regierung unterläßt es, Gesetze einzubringen, welche, wie beispielsweise das über die Civilehe, von der großen Mehrheit der Bevölkerung längst dringend gefordert werden, blos um mit den Bischöfen nicht in Widerstreit zu gerathen. Als Dank dafür zeigen sich die Herren gerade so unversöhnlich, wie etwa die belgischen Bischöfe, sowie sich die erste Gelegenheit dazu bietet. Bemerkenswerth ist in diesem Falle der Unterschied in der Haltung der katholischen und der protestantischen Geistlichkeit. Die Protestanten erkennen sofort und bedingungslos das Staatsgesetz an, welches für sie genau dieselben Vortheile und Nachtheile enthält, wie für die Katholiken. Die letzteren — oder aber ihre Bischöfe, denn die untere Geistlichkeit ist durchaus nicht kriegerisch gesinnt und steht mit dem Staate und den Andersgläubigen durchschnittlich auf gutem Fuße — wollen sich nicht fügen und erklären kurz und gut, das Gesetz Roms stehe ihnen höher als das Gesetz Ungarns. Was die Regierung zu thun beabsichtigt, ist vorläufig nicht bekannt. Aber wenn sie auch nachgeben wollte, sie könnte es nicht. Die ganze Affaire wird vor dem Reichstage behandelt werden und da werden sich auch die Protestanten anmelden. Uebrigens sind die liberalen Katholiken fast nicht weniger verstimmt als die Protestanten und sie würden der Regierung ein mattherziges Nachgeben auch nicht verzeihen. Graf Szapary weiß das und wird die drei Monate, die ihn noch von dem Zusammentritt des Reichstages trennen, hoffentlich dazu benutzen, um einen Ausweg zu finden, der das Ansehen des Staates intact erhält. Keine andere Lösung der jetzt schwebenden Frage würde durch den Reichstag acceptirt werden.

* Die „Nowoje Wremja" meldet, daß die feierliche Inangriffnahme des Baues des Kriegshafens von Libau angeordnet worden sei.

* Aus Kopenhagen, 17. Juli, wird der „Vossischen Zeitung" geschrieben:

In chauvinistischen Kreisen herrscht große Entrüstung über den begeisterten Empfang, welchen der deutsche Kaiser in Norwegen gefunden. In Dänemark hält man an der Auffassung fest, daß es der nationalen Würde nicht entsprechen würde, den Herrscher Deutschlands mit Hurrahrufen zu empfangen; es giebt kaum eine Zeitung, die nicht ausdrücklich hervorgehoben hat, daß sowohl bei der Ankunft wie bei der Abfahrt Kaiser Wilhelm's II. die Bevölkerung von Helsingör sich vollkommen stumm verhalten habe, stumm, aber durchaus höflich grüßend. Diese Art der Begrüßung soll kundgeben, daß die Wünsche des dänischen Volkes in Beziehung auf Nordschleswig noch nicht erfüllt sind. In Schweden hat man längst erkannt, daß die dänischen Stimmungen in Beziehung auf Nordschleswig für die actuelle Politik keine Bedeutung mehr haben; die politischen Gruppirungen vollziehen sich heutigen Tages nicht nach vergangenen Verstimmungen, sondern nach den wirklichen Interessen der Völker. Niemals aber hat man in Dänemark geglaubt, daß das demokratische Norwegen sein Verhältniß zu Deutschland nur aus dem Gesichtspuncte seines eigenen Interesses beurtheilen werde, man hat vielmehr sicher angenommen, daß dies Brudervolk die nicht officielle dänische Gesinnungspolitik theilen werde. Diese Annahme hat eine so bittere Enttäuschung gefunden, daß sie in der dänischen Presse zum Ausdruck gekommen ist. „Dagbladet" bringt einen bitterbösen Artikel gegen die 100 000 norwegischen Männer die sich vor dem deutschen Kaiser auf den Bauch geworfen. Der Gesundheitsmann des alten nationalen Blattes kann nicht verstehen, was die Norweger veranlaßt hat zu dem glänzenden Empfange; es ist ihm ein Räthsel, daß Vertreter des norwegischen Heeres und der Marine den Gedanken der Verbindung mit Deutschland zum Ausdruck bringen konnten, was doch nicht so schwer zu verstehen ist in dem Augenblicke, wo Rußland beginnt, seine schwere Hand auf Finnland zu legen. Das Wunderbarste für den Berichterstatter des „Dagbladet" ist es aber, daß der Ausdruck der Bevölkerung ganz ungekünstelt und vollkommen recht war; folgende Stelle in seinem Briefe giebt davon Zeugniß: „In den Hurrah-

SLUB
Wir führen Wissen.